



Dr. Ferdinand Fichtner,  
Leiter der Abteilung Konjunkturpolitik  
am DIW Berlin  
Der Beitrag gibt die Meinung  
des Autors wieder.

# Brexit: Zügiger Verhandlungsbeginn wäre auch ökonomisch sinnvoll

Eine Woche nach der Entscheidung der britischen Bevölkerung für den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union bleibt das Schlachtengeräusch der Brexit-BefürworterInnen erstaunlich gedämpft. Schien es ihnen vor dem Referendum nicht schnell genug gehen zu können mit dem Ausstieg aus dem europäischen Staatenverbund, halten sie sich jetzt auffällig zurück; vielmehr betonen Boris Johnson und Co. plötzlich die Vorzüge von Freihandel, Freizügigkeit und gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik – und versprechen der verunsicherten Bevölkerung, dass die Vorteile erhalten blieben und sich das Königreich lediglich der Nachteile der EU-Mitgliedschaft entledigen werde.

In Brüssel dagegen formulieren die Repräsentantinnen und Repräsentanten des vereinigten Europas Forderungen nach einem harten Schnitt und schnellem Austritt Großbritanniens. Manche dürften darauf hoffen, dass etwa die Wiedereinführung von Zöllen der britischen Wirtschaft schadet. Bereits jetzt dürfte diese unter dem Brexit-Votum leiden; der Einbruch der Kapitalzuflüsse hat zu schlechteren Finanzierungskonditionen für Unternehmen, den Staat und auch die privaten Haushalte geführt. Grund zur Freude sollte das freilich nicht sein: Auch für die übrigen europäischen Volkswirtschaften dürfte die Entscheidung vom vergangenen Donnerstag mit erheblichen wirtschaftlichen Nachteilen bereits in der kurzen Frist einhergehen. Großbritannien ist – nach den USA und Frankreich – der drittgrößte Exportmarkt für deutsche Unternehmen; da die britische Wirtschaft als Nachfrager nach unseren Produkten ausfällt, weil im derzeitigen Umfeld keiner mehr auf der Insel investieren will, werden die Ausfuhren spürbar schwächer expandieren und, indirekte Effekte außen vor lassend, die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr wohl um einen halben Prozentpunkt weniger wachsen.

Vor diesem Hintergrund ist die Forderung an London durchaus angemessen, den Verhandlungsbeginn nicht zu

verzögern, sondern die hohe Unsicherheit alsbald zu beseitigen. In den Verhandlungen über den Austritt sollte Brüssel sich nicht zu nachgiebig zeigen, denn auch das nimmt den Europa-Gegnern in anderen Mitgliedsländern den Wind aus den Segeln. Am Vereinigten Königreich ein Exempel zu statuieren, wird freilich dennoch schwierig: Es fällt nicht leicht, Politikbereiche zu identifizieren, deren Entzug für Großbritannien schmerzlich, für den Rest der Union aber von geringer Bedeutung wäre.

Die EU ist eben kein Tennisclub, dessen Trainingsplätze nach Aufgabe der Mitgliedschaft nicht mehr benutzt werden dürfen (und die dann für andere Clubmitglieder frei werden). Vielmehr beruht die Union auf gemeinsamen Interessen: Von Freihandel und Freizügigkeit profitieren alle Mitgliedsländer, die Wiedereinführung von Zollschranken gegenüber Großbritannien wird den Rest der EU ebenso treffen wie das Vereinigte Königreich. Eine gute Verhandlungsposition hat die Europäische Union wohl vor allem im Bereich der Finanzmarktintegration, deren Aufgabe aus britischer Sicht besonders schmerzlich sein dürfte; aber selbst bei diesem Thema sind die Kosten für die verbleibenden Mitgliedsländer nicht zu vernachlässigen.

Allerdings sollten die Brexit-Befürworter bei der britischen Bevölkerung keine falschen Hoffnungen wecken: Die Vorstellung, Großbritannien könne sich die Vorzüge der europäischen Integration erhalten und nur die Nachteile beseitigen, führt in die Irre. So kann Freihandel ohne eine Harmonisierung von technischen Normen und Produktzulassungen nicht funktionieren; die vielgescholtenen EU-Bananen und Gurken würden den Briten wohl erhalten bleiben, wenn sie weiter vom Freihandel in Europa profitieren wollen. Gleiches gilt für eine abgestimmte Einwanderungspolitik, die erforderlich ist, falls für britische Bürgerinnen und Bürger die Personenfreizügigkeit und Niederlassungsfreiheit innerhalb Europas Bestand haben soll.



DIW Berlin – Deutsches Institut  
für Wirtschaftsforschung e.V.  
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin  
T +49 30 897 89 -0  
F +49 30 897 89 -200  
83. Jahrgang

#### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake  
Prof. Dr. Tomaso Duso  
Dr. Ferdinand Fichtner  
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.  
Prof. Dr. Peter Haan  
Prof. Dr. Claudia Kemfert  
Dr. Kati Krähnert  
Prof. Dr. Lukas Menkhoff  
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.  
Prof. Dr. Jürgen Schupp  
Prof. Dr. C. Katharina Spieß  
Prof. Dr. Gert G. Wagner

#### Chefredaktion

Sabine Fiedler  
Dr. Gritje Hartmann  
Dr. Wolf-Peter Schill

#### Redaktion

Renate Bogdanovic  
Dr. Franziska Bremus  
Sebastian Kollmann  
Dr. Peter Krause  
Marie Kristin Marten  
Ilka Müller  
Miranda Siegel

#### Lektorat

Dr. Antonia Grohmann  
Dr. Alexandra Fedorets

#### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice  
Postfach 74  
77649 Offenburg  
leserservice@diw.de  
Tel. (01806) 14 00 50 25  
20 Cent pro Anruf  
ISSN 0012-1304  
ISSN 1860-8787 (Online)

#### Gestaltung

Edenspiekermann

#### Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

#### Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –  
auch auszugsweise – nur mit Quellen-  
angabe und unter Zusendung eines  
Belegexemplars an die Serviceabteilung  
Kommunikation des DIW Berlin  
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.